



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juli 2023

2. Tagung des achten Landesparteitags, 24./25. Juni 23



Zentrales Thema war das Rahmenwahlprogramm für die Bezirkswahlen im Juni 24. Der Entwurf wurde verbessert und schließlich verabschiedet. Ausführliche Berichte hoffentlich im August. *Foto: ena*

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe:
Freitag, 28.07.2023

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Einladung zur BMV	S. 2
Hamburger Aufruf	S. 3
Demo gegen Obdachlosigkeit	S. 3
Kundgebung gegen Abschottung	S. 4
Mehmet zur EU-Politik (PM)	S. 5
„Sicherheitsstrategie“	S. 6
M. Yildiz: Die LINKE ist tot	S. 6
Termine / Kontakt	S. 8

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung

am **Mittwoch, den 12.07.2023 um 18:30 Uhr in den Räumen der Alevitischen Gemeinde** am Nobistor 33-35 (Nähe S Reeperbahn); Zugang mit kleiner Stufe, WC barrierefrei zugänglich.

Liebe Genoss:innen, seid hiermit herzlich eingeladen zur Bezirksmitgliederversammlung am 12.07. um 18:30 Uhr in den Räumen der Alevitischen Gemeinde am Nobistor.

Vorschlag zur Tagesordnung:

- 18:30 Uhr Konstituierung
- 18:45 Uhr Auswertung des Landesparteitages vom 24./25.06.2023
- 20:00 Uhr Pause
- 20:15 Uhr Bericht aus der Bezirksfraktion und von der Fraktionsklausur
- 21:00 Uhr Vorbereitung und Planung der Europa- und Bezirkswahl 2024
- Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung eines Bezirkswahlprogramms
- 21:45 Uhr Verschiedenes
- 22:00 Uhr Ende

Die AfD konnte in Sonneberg ein Landratsamt erlangen und gewinnt in vielen Umfragen. Sie nutzt skrupellos die Verunsicherung der Menschen aus, die insbesondere in Ostdeutschland von der „doppelten Enteignung“ (Marianne Linke) nach dem Anschluss der DDR besonders hart getroffen wurden: erst die Privatisierungen samt hemmungslosem Abbau von Gesundheits-, Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Erholungseinrichtungen. Dann die zweite Enteignung der vielen, die auf diese Weise arbeitslos geworden waren: Hartz IV – Armut per Gesetz. Die „Ampel“-Regierung treibt diese Politik noch weiter auf die Spitze. Sie steht auf Gelb, Egomanen im (fossil betriebenen) Sportwagen treten zynisch grinsend aufs Gas. Der asozialen Kriegs-Politik (auch gegen die natürlichen Lebensgrundlagen) tritt unsere Partei noch zu zaghaft entgegen. Das schafft Raum für extrem Rechte wie die AfD. Sie sind keine Alternative zum Kapitalismus, sondern die härteste Form seiner Aufrechterhaltung: das brutal durchgeprügelte „Recht des Stärkeren“.

Beim Landesparteitag wurde intensiv diskutiert. Das Rahmenwahlprogramm für die Bezirkswahl konnte mit angenommenen und übernommenen Änderungsanträgen an entscheidenden Stellen verbessert werden, z.B. beim Antifaschismus, Frieden und der sozialen Frage. Wobei es erstaunen lässt, dass einige für unsere Partei zentrale Punkte dabei zurückblieben, z.B. die Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe und die Abschaffung des Paragraphen 218. Ein konse-

quent pazifistisch orientierter Friedensantrag wurde an vielen Stellen durch Änderungsanträge nahezu ins Gegenteil verkehrt, dann aber vom Landesparteitag nicht beschlossen, sodass die Beschlusslage des Bundesparteitages in Erfurt gilt, der sich gegen Waffenlieferungen und für eine diplomatische Lösung ausgesprochen hat. Unter dem Strich heraus kommt dabei ein Kurs, der auf den Versuch hinausläuft, im Rahmen der Gesetze und der Parlamente eine bessere Stellvertreterpolitik zu machen. Reicht das? Darüber sollten wir uns austauschen.

Bei der letzten BMV hatten wir neben der Vorbereitung des Landesparteitags eine recht produktive Debatte zur Partei- und Gesellschaftskrise, der in einem Beschluss mündete, den „Hamburger Aufruf für ein Höchstmaß an gemeinsamer Handlungsfähigkeit“ zu unterstützen. Diesen könnt Ihr auch als einzelne oder mit weiteren Gruppen noch unterstützen. Ihr findet ihn anbei auf S. 2, Rückmeldungen zur Unterstützung an: lspr-solid@die-linke-hamburg.de

Die Vorbereitung der Mitte 2024 anstehenden Europaparlaments- und Bezirkswahlen haben wir vertagt und wollen das nun nachholen. Zum Einstieg werden wir einen Bericht aus der Fraktion und von der Fraktionsklausur hören, auf der sich bereits einige orientierende Gedanken hin auf ein Bezirkswahlprogramm gemacht wurden. Von dort aus wollen wir Weiteres ableiten für eine bewegende und Solidarität schaffende Programmatik sowie Kriterien für die Findung von Kandidierenden, die diese auch mit Leben füllen können und wollen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch eine Kommission zur Erarbeitung eines Programmentwurfs einrichten.

Hier ist das vom LPT beschlossene Rahmenwahlprogramm zu finden:

<https://www.die-linke-hamburg.de/partei/landesparteitag/beschluesselt8-2>
Hier noch einmal unser Bezirkswahlprogramm von 2019, mit dem wir ein sehr gutes Ergebnis in Hamburg-Mitte erreicht haben:
https://www.linksfraktion-hamburg-mitte.de/fileadmin/lcmslfhamburgmitte/dokumente/DIE_LINKE_Wahlprogramm_HH_Mitte_2019.pdf

Mit solidarischen Grüßen,
Alexander Benthin i.A. des Bezirksvorstands DIE LINKE Hamburg-Mitte

Hamburger Aufruf für ein Höchstmaß an gemeinsamer Handlungsfähigkeit

Die LINKE kann und muss sich ihrer historischen Verantwortung stellen

„Schon hier auf Erden möchte ich durch die Segnungen freier politischer und industrieller Institutionen jene Seligkeit etablieren, die nach der Meinung der Frommen erst am jüngsten Tage, im Himmel, stattfinden soll.“

Heinrich Heine, „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland“, Erstes Buch, 1835.

Wer die historischen Erfahrungen – besonders der deutschen Geschichte – zu Rate zieht, weiß dass die Übereinstimmung im wesentlichen praktischen Handeln für Frieden, soziale Gerechtigkeit und tatsächliche Demokratie sowie internationale Solidarität von großer Bedeutung ist.

Die LINKE benötigt daher einen Kulturwandel weg von der Machtpolitik und dem Schielen auf Parlamentssitze und Regierungssessel hin zur Herrschaft des Arguments, zum kulturvollen Streit auf Augenhöhe, verbunden mit dem Willen zur Einigung für die Weiterentwicklung unserer politischen Positionen und zur Verbesserung unserer politischen Handlungsfähigkeit als oppositionelle Partei für einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, damit aus passivem Unmut aktiver Widerstand wird. Es ist dies die Zeit der Parteibasis. Wir fordern eine Strategiekonferenz aller Mitglieder auf der Bundesebene und die Durchführung von Mitgliederversammlungen in den Landesverbänden. Denn wir haben uns mit allem Verstand

und ganzer Kraft den Aufgaben zu widmen, die der Frieden, die soziale Gerechtigkeit, der Kampf gegen rechts und der Schutz von Natur und Klima stellen.

Die Emanzipation von Ausbeutung und Krieg ist die historische Aufgabe der LINKEN. Nichts anderes.

Hamburg, den 13. Juni 2023

UnterzeichnerInnen:

Linksjugend [solid] Hamburg
Bezirksverband Hamburg-Mitte
Bezirksverband Hamburg-Nord
Ortsgruppe Süderelbe
Stadtteilgruppe Eppendorf/Hohe Luft Ost
Rainer Tichy (LV Hamburg)
Kristian Glaser (LV Hamburg)
Peter Porsch (LV Sachsen)
Sinah Mielich (Bezirk Hamburg Harburg)
Florian Muhl (Bezirk Hamburg Harburg)
Andreas Jakubczik (Bezirk Hamburg Altona)
Linksjugend [solid] Aurich
Kai Beitelmann (Landesvorstand DIE LINKE.
Niedersachsen)
Mathias Kruspe (LV Hamburg)

Weitere Unterstützungen bitte an:
lspr-solid@die-linke-hamburg.de

Demonstration 17.6. : Solidarität mit allen Obdachlosen, Wohnungen statt Verdrängung und Ausgrenzung



Rund 250 Menschen folgten dem Aufruf der Initiative "Solidarische Stadt" (darunter auch Mitglieder unserer Partei) und zogen vom Jungfernstieg zum Hansaplatz. Seit Mitte Februar dieses Jahres werden verstärkt obdachlose und bettelnde

Menschen von der Polizei aus der Innenstadt verwiesen. Nachdem sich zunächst hinter angeblichen "Anweisungen zu einem "Bettelverbot" versteckt wurde, erklärte der Polizeisprecher Florian Abbenseth das Vorgehen der Beamten so: Das Einschreiten der Polizei erfolge nicht willkürlich, sondern wenn entsprechendes Verhalten es zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich mache.

"Die Polizei wird hier insbesondere tätig, wenn aggressiv gebettelt wird oder das Betteln mit einer Lagerstättenbildung einhergeht. Die Polizei hatte hierzu ihre im Innenstadtbereich tätigen Einsatzkräfte noch einmal sensibilisiert." Eine neue Rechtslage gebe es nicht, Betteln sei weiterhin erlaubt. Vermutet wird, dass Geschäftsleute und Wirtschaftsverbände ein verschärftes Vorgehen eingefordert hätten, um das sogenannte "Shopping-Flair" für BesucherInnen der Innenstadt nicht zu "trüben".

Trotz bereits öffentlicher Proteste und Diskussion in der Presse Mitte April vermehrten sich erneut Berichte von Betroffenen und aufsuchenden Sozialarbeitern. Durch die täglichen Vertreibungsmaßnahmen erschwere die Polizei deren Arbeit und gefährde das Leben obdachloser und bettelnder Menschen.



Dazu bereits im April 2023 **Stephanie Rose**, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraction in der Bürgerschaft: „Wenn die Polizei mit Vertreibung gegen obdachlose Menschen in der Innenstadt vorgeht, um ‚die negativen Auswirkungen der Obdachlosigkeit so gering wie möglich zu

halten‘ ist das zynisch. Denn für wen anders bitte als für obdachlose Menschen selbst sind die Auswirkungen ihrer Obdachlosigkeit wohl am größten? Statt ihnen zu helfen, vertreibt die Polizei bettelnde und lagernde Menschen und verschärft damit ihre Lebenssituation zusätzlich. Diese Schikane muss umgehend beendet werden. Kein Mensch bettelt freiwillig; kein Mensch ist freiwillig obdachlos. Diese Phänomene sind Ausdruck extremer Not und Armut. Der öffentliche Raum gehört nicht allein dem Kommerz und denjenigen, denen es gut geht. Der öffentliche Raum gehört allen.“

In einem Antrag zur Bürgerschaftssitzung forderte die Fraktion DIE LINKE deshalb die Vertreibung von obdachlosen Menschen umgehend zu beenden. Rose weiter: „Statt Gelder für einen polizeilichen Weckdienst zu verschwenden, sollte damit aufsuchende Sozialarbeit gestärkt werden. Mit Hilfe eines Runden Tisches muss der Dialog zwischen den Akteur:innen ermöglicht, Konflikte gelöst und ein gemeinsames Vorgehen entwickelt werden.“

Bis 2030 will auch Hamburg das EU-Ziel umsetzen, alle Obdachlosen von der Straße zu holen. Das ist eine große Aufgabe, die große Anstrengungen erfordert.

Verena Brachvogel, auch Fotos

Frontex, Pushbacks, Massenmord, Brandstiftungen - das ist nicht das Europa, das wir meinen!



Rund 200 Menschen folgten nachstehendem Aufruf zu einer **Kundgebung im Arrivati-Park in St. Pauli am Freitag, den 28.6.**

"Beim Versuch, Europa zu erreichen, sind am 14. Juni bis zu 600 Menschen vor Pylos, Griechenland, ertrunken. Sie wurden auf der Flucht getötet durch das Europäische Grenzregime. Überleben-

de sagen klar aus, dass die griechische Küstenwache das Boot abgeschleppt und dadurch zum Kentern gebracht hat. All das passiert wenige Tage, nachdem die EU-Innenminister*innen eine weitere krasse Aushöhlung des Asylrechts beschlossen haben. Und hierzulande? Während die politischen Entscheider*innen ihre menschenverachtende Politik technokratisch abwiegeln, lässt die Rechte ihrer rassistischen Hetze ungebremst freien Lauf.

Bis zu 30.000 Menschenleben hat die rassistische Abschottung Europas, seit der Katastrophe vor Lampedusa im Jahr 2013, allein im Mittelmeer gekostet. Es sind politische Entscheidungen, die dazu führen: die systematischen Push- und Pullbacks, die Unterlassung und Verzögerungen von Rettungen, die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung, die Externalisierung der EU-Grenzen, die Kooperation mit nicht-sicheren Staaten und die Abschiebungen – all das wird weitere Menschenleben kosten.



Wir sind erschüttert davon, dass Europas Grenzregime 600 Menschenleben auf einmal ausgelöscht hat.

Wir sind wütend, dass sich die europäische Migrationspolitik aus der Verantwortung für dieses Verbrechen stehlen will.

Wir trauern um die Toten und stehen an der Seite der Angehörigen, Familien und Überlebenden.

In Solidarität mit ihnen und all denen, die gegen Europas europäische Migrations- und Abschottungspolitik aktiv und auf der Straße sind, laden wir Euch ein, am 28. Juni um 18:00 in den ARRIVATI PARK zu kommen.

Salon de Confluencia
zusammen mit:
Flüchtlingsrat Hamburg
Alarmphone Hamburg
Copwatch
Seebrücke Hamburg
Buttclub/Hafenstraße
Asmaras World (Bericht und Fotos: ena)

Die EU führt Kriege, beutet Rohstoffe aus, zerstört die Umwelt und schottet sich mit aller Gewalt ab

„Mehr als 110 Millionen Menschen sind aufgrund von Kriegen, Umweltkatastrophen oder Armut auf der Flucht“, erklärt der fraktionslose Abgeordnete Mehmet Yildiz, zur heutigen Aktuellen Stunde in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Sie müssen sich das so vorstellen, als ob die gesamten Bevölkerungen Deutschlands (83 Mio), Portugals (10 Mio), Griechenlands (10 Mio), Dänemarks (5 Mio) und Bulgariens (6,8 Mio) auf der Flucht wären.“

Die meisten Menschen würden aus Kriegen fliehen, betont der Abgeordnete. „In Afghanistan wurde in den Kriegen und Konflikten der letzten 40 Jahren die Hälfte der Bevölkerung vertrieben, ein Drittel floh ins Ausland, und mehr als eine Million Menschen wurden bei Kämpfen getötet. Allein seit der Machtübernahme der Taliban flohen laut UN Berichten erneut 1,6 Millionen Menschen aus Afghanistan. 5,2 Millionen Afghanen leben in den Nachbarländern. In Deutschland leben 370.000 Menschen aus Afghanistan. Im Libyenkrieg starben mehr als 50.000 Menschen mehr als 250.000 Menschen sind laut UN seit 2011 aus Libyen über das Mittelmeer geflüchtet, weit mehr als 1 Million nach Tunesien, nach Ägypten, Sudan, Algerien und in den Niger. Vor dem Krieg hatte Libyen ein Pro-Kopf-Einkommen wie die Schweiz, jetzt lebt ein Großteil der Bevölkerung in Armut“, so Yildiz.

Im Jemenkrieg starben bisher rund 380.000 Menschen, 4,5 Millionen Menschen wurden laut UN innerhalb Jemens vertrieben, mehr als die Hälfte der Bevölkerung 21,6 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Laut UN hat der Krieg in Syrien rund 500.000 Menschen das Leben gekostet. 7,6 Millionen sind innerhalb Syriens auf der Flucht, rund 4 Millionen sind in die umliegenden Länder geflüchtet. In Deutschland leben rund 800.000 Menschen aus Syrien. Im Ukrainekrieg starben bisher laut Statista 8.553 Zivilist_innen, 14.693 wurden verletzt. Stand Juni 2023 halten sich dem Ausländerzentralregister (AZR) zufolge hierzulande 1.069.729 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine auf. Die Gesamtzahl der in Europa registrierten Geflüchteten aus der Ukraine beträgt 5,9 Millionen.

Weitere Fluchtgründe seien Umweltkatastrophen und die Vernichtung der Amazonas Wälder. Der Ölabbau oder Uranabbau führten in Nigeria und im Niger zu Umweltzerstörungen und Vertreibung in großem Ausmaß. Weitere Menschen würden aufgrund von Dürre und durch Umweltzerstörung durch Militär und Krieg fliehen. Auch ungerechte Handelsbeziehungen führten zu Flucht.

Yildiz weiter: „Migrantinnen und Migranten aus Afrika wandern überwiegend innerhalb ihres Kontinents. Mehr als die Hälfte der weltweit 36,6 Millionen Migrant_innen aus Afrika lebt der Welthun-

gerhilfe zufolge in einem anderen afrikanischen Land. Bei den Migrant_innen aus Subsahara-Afrika traf dies sogar auf rund 75% zu. In den Jahren 2017 und 2018 standen drei afrikanische Länder auf der Liste der zehn Länder, die weltweit am meisten Flüchtlinge aufnahmen. Das waren Uganda (Platz 3), Sudan (Platz 4) und Äthiopien (Platz 9).“

„Ungerechte Handelsbeziehungen, Freihandelsverträge zugunsten der ohnehin reichen Staaten und Ausbeutung der afrikanischen Fischgründe durch europäische Konzerne führen dazu, dass die Volkswirtschaften in Afrika sich kaum entwickeln können. Mit in der EU subventionierten Molkerei-Milchprodukten und Hähnchen-Produkten und ähnlichem werden zudem die afri-

kanischen Märkte überflutet und so die dortige Landwirtschaft ruiniert. Deshalb verlassen die Menschen ihre Länder und fliehen. Der Westen beutet die Länder aus und unterstützt im Mittleren Osten und der Ukraine direkt oder indirekt Kriege und zerstört die Umwelt. Dadurch haben die Menschen keine sicheren Lebensräume mehr. Wenn sie dann nach Europa fliehen, schottet die EU sich dann mit aller Gewalt ab. Das Mittelmeer ist ein Grab für mehr als 70.000 Menschen geworden. Das ist eine Schande für Europa, eine Schande für die Menschheit. Neue geschlossene Flüchtlingszentren an EU-Grenzen zu schaffen, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, kritisiert Mehmet Yildiz.

(PM, zur Verfügung gestellt von Martin Dolzer)

Zur Nationalen Sicherheitsstrategie: Nein – Krieg ist nicht Frieden!

Die neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ der Bundesregierung ist geprägt von Militarismus sowie Feindbildern gegen Russland und China, um die wirtschaftliche Hegemonie des Westens durchzusetzen – und dem Wunschenken der Positionierung Deutschlands als imperialistische Großmacht. Diese Politikvorstellung ist autoritär und führt zielgerichtet in unsichere Zeiten.

Sicherheit entsteht durch eine konsequente Friedenspolitik, Dialog mit allen Staaten auf Augenhöhe, die Demokratisierung der UN und einer Anerkennung der Sicherheitsinteressen aller Staaten, auch Russlands und Chinas. Die Einmischung in innere Angelegenheiten, wie durch Putsche oder das Aufrüsten von islamistischen oder faschistischen Milizen ist inakzeptabel. Die NATO muss aufgelöst werden und eine internationale Sicherheitsarchitektur unter Beteiligung von China und Russland (sowie den weiteren BRICS-Staaten) aufgebaut werden. Es nützt auch nichts

zu behaupten man halte das Völkerrecht ein, wenn man es seit dem Krieg in Jugoslawien immer wieder bricht.

Die Sicherheitsstrategie erinnert an die Rhetorik in George Orwells Roman 1984: „Krieg ist Frieden, Unterordnung ist Demokratie“. Das ist ein Weg in die Sackgasse. Das Völkerrecht muss wieder eingehalten werden und die NATO Staaten müssen Verhandlungen zur Beendigung des Ukrainekrieges zulassen, anstatt immer weiter wertebasiert an der Eskalationsschraube zu drehen. Dass die NATO sich heute (??, -red) das erste Mal seit ihrem Bestehen zu einem offiziellen Treffen mit der Rüstungsindustrie in Brüssel trifft, um „noch koordinierter Waffen in die Ukraine liefern zu können“, ist ein verheerendes Signal. Um der Bedrohung durch einen 3. Weltkrieg entgegenzuwirken müssen wir uns intensiver für den Frieden einsetzen!

Mehmet Yildiz

Kann man eine Leiche aufwecken? Es muss ein kompletter Neuanfang gemacht werden oder DIE LINKE ist tot!

Zum Beschluss des Parteivorstands der Partei DIE LINKE

Mit dem Beschluss vom Sonnabend (*gemeint ist wohl der 9. Juni, -red*) will der Parteivorstand mit der angestrebten Ausgrenzung von Sahra Wagenknecht und linken Genoss_innen, durch eine Art Putsch aus dem Apparat, offensichtlich die Spaltung der Linkspartei herbeiführen. Den Mitgliedern des Vorstands ist mit dem Beschluss, samt der unhaltbaren Forderung nach der Rückgabe von Mandaten, offenbar jeglicher politischer

Kompass für eine linke Partei in gesellschaftlicher Verantwortung verloren gegangen.

Der Vorstand versucht über eine Intrige und einen formal konsequenzenlosen Beschluss (also eine Inszenierung für die Medien) Sahra Wagenknecht und alle, die für eine konsequente Oppositionspolitik eintreten und nicht in Regierungsoportunismus verfallen wollen, auszugrenzen.

Auch die Mehrheit der Partei in vielen Basisorganisationen will weder diese Spaltung, noch begrüßt sie ein derart demokratiefreies Vorgehen. Auch Genoss_innen aus der ehemaligen PDS um Gregor Gysi, Dietmar Bartsch, Gesine Löttsch und Michael Brie haben sich zuletzt gegen eine Spaltung der Partei gestellt. *Dass sich der Geschäftsführende Landesvorstand in Hamburg ohne Beratung mit der Basis diesem verheerenden Beschluss angeschlossen hat, zeugt von Demokratiefeindlichkeit, Vetternwirtschaft und opportunistischem Karrierismus.* Dieser Geschäftsführende Vorstand muss zurücktreten.

In einer Situation wie der jetzigen, mit Krieg, Wirtschaftskrise, steigender Inflation und dem Erstarren rechter Kräfte, wäre notwendig gemeinsam mit den Arbeiter_innen, Gewerkschaften, Initiativen, Migrant_innen sowie finanziell Benachteiligten und Unterdrückten, Protest zu organisieren und eine Politik zu entwickeln, die konsequent für Frieden und soziale Gleichheit eintritt. Die Illusion allein mit Stellvertreterpolitik im Parlament oder gar in Regierungsbeteiligungen ohne gesellschaftliche Mehrheiten eine kapitalistische Gesellschaft im Sinne der Mehrheitsbevölkerung gestalten zu können, hat in die Sackgasse geführt und wird das auch immer wieder tun.

Dass die Linke immer weiter zu einer „unaufweckbaren Leiche“ wird, liegt im Wesentlichen daran, dass Fraktionen, Vorstände und der Parteiapparat hauptsächlich von Menschen übernommen wurden, die die Oppositionspolitik aufgegeben haben, Regierungsbeteiligungen um jeden Preis anstreben und versuchen ihre Karriere zu fördern sowie Posten zu vergeben. Eine solche Politik versuchen sie mit starker Aggressivität und Spaltungsversuchen gegen Bewegungen (z.B. die Friedensbewegung, die Bewegung zur Enteignung von Immobilienspekulanten und antirassistische Bündnisse) und innerhalb der eigenen Partei durchzusetzen. Dazu gehört Genoss_innen und Bewegungen, die eine entschlossene Oppositionspolitik betreiben, auszugrenzen zu mobben und zu versuchen sie mit allen Mitteln mundtot zu machen.

Diese Orientierung hat dazu geführt, dass DIE LINKE in der Krise 2008, zu Zeiten von Corona

und in der jetzigen weltweiten Wirtschaftskrise samt Inflation und weltweiten Kriegen als Oppositionskraft vollkommen versagt hat und von vielen Menschen nicht mehr als Option wahrgenommen wird. Jede linke Partei sollte ihre Strategiebildung und das Arbeitszentrum nicht im Parlament suchen, sondern das Parlament lediglich als Instrument nutzen, um den Menschen und den Bewegungen auch dort eine Stimme zu geben.

In einer Krise braucht die Gesellschaft eine starke sozialistische Partei, die in Betrieben, in der Ausbildung, in Organisationen, in Schulen und Hochschulen, in der Kunst und Kultur, in den Stadtteilen und Kommunen sowie allen weiteren gesellschaftlichen Bereichen verankert ist und gemeinsam mit den Menschen Widerstand gegen Unrecht und Krieg formiert und die Gesellschaft solidarisch gestaltet. Das bedeutet gemeinsam Protest und Widerstand auf die Straße zu tragen. Das wäre ein notwendiger Aufbruch. Dafür muss die Partei komplett neu organisiert werden.

Mehmet Yildiz

*Liebe GenossInnen,
dieser Text ist aus meiner Sicht unangemessen polemisch und trägt in keiner Weise zu einem Zusammenhalt unserer Partei bei. Der Bezirksvorstand hatte den Autor gebeten, einige Formulierungen zu entschärfen, dazu war und ist er nicht bereit. Unsere Partei als „Leiche“ zu bezeichnen und einen Landesvorstand pauschal als „demokratiefeindlich“ und mehr zu diffamieren, das sprengt nach meiner Meinung den Rahmen der konstruktiven innerparteilichen Auseinandersetzung. Ich distanziere mich hiermit als Redakteur des MitteNmag explizit von diesem Text, insbesondere den oben kursiv gesetzten Formulierungen.*

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich keine Vettern habe, die Demokratie jederzeit verteidigen und ausbauen sowie ganz bestimmt nicht opportunistisch Karriere machen will oder irgendwann wollte. Was vermutlich nichts nützt, denn unterstellen kann mensch das ja immer, unabhängig vom Realitätsgehalt.

*Schwer genervt davon, wie inzwischen in dieser Partei miteinander umgegangen wird,
Bernhard Stietz-Leipnitz*

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 04.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 06.07., 19:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo mit der BO Billstedt**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 06.07., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Billstedt mit HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 06.07., 19:30 Uhr

Achtung: Geänderter Termin!

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Montag, 10.07., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 12.07., 18:30 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung (s.S. 2)
Alevitische Gemeinde, Nobistor 33-35

Mittwoch, 19.07., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

August 2023

Dienstag, 01.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Mittwoch, 16.08., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Donnerstag, 24.08., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

Die August-Termine für Billstedt und Horn werden nach dem gemeinsamen Treffen am 6.7. festgelegt und bekannt gegeben.

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Sozialberatung von Quentin Villwock:

- fällt erst mal weiter aus -

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Suna Sahin		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX